

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/069(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 14.10.2013	Ratssaal	16:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.21 Benennung "Reinhard-Lakomy-Straße" DS0305/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 5.22 Grundsatzbeschluss zum Ausbau einer Zufahrt zum neuen Parkplatz der Firma Pflanzen Richter DS0296/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 5.23 Erweiterung der Fördergebietskulisse für das Stadtgebiet Stadtfeld DS0343/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 6.1 W-LAN Zugangsnetz City-Magdeburg zur kostenfreien Nutzung A0019/13
FDP-Ratsfraktion
WV vom 28. 02. 2013/04. 07. 2013

- 6.1.1 W-LAN Zugangsnetz City-Magdeburg zur kostengünstigen Nutzung A0019/13/1
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

6.1.2	W-LAN Zugangsnetz City-Magdeburg zur kostenfreien Nutzung	S0074/13
6.2	Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen FDP-Ratsfraktion WV vom 04. 04. 2013	A0035/13
6.2.1	Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen	S0115/13
6.4	Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger Musiker Reinhard Lakomy SPD-Stadtratsfraktion WV vom 02. 05. 2013	A0048/13
6.4.1	Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger Musiker Reinhard Lakomy BA Kommunales Gebäudemanagement	A0048/13/1
6.4.2	Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger Musiker Reinhard Lakomy FDP-Ratsfraktion	A0048/13/2
6.4.3	Benennung von Kitas zum Gedenken an Reinhard Lakomy	S0182/13
6.5	Verkehrssituation Hängelsbreite Fraktion CDU/BfM WV vom 02. 05. 2013	A0064/13
6.5.1	Verkehrssituation Hängelsbreite FDP-Ratsfraktion	A0064/13/1
6.5.2	Verkehrssituation Hängelsbreite	S0152/13
6.7	Aufwertung Beimsplatz Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion CDU/BfM WV vom 02. 05. 2013	A0067/13
6.7.1	Aufwertung Beimsplatz	S0128/13
6.8	Entwicklung Eigenheim-Standort in Neue Neustadt Fraktion CDU/BfM WV vom 06. 06. 2013	A0068/13
6.8.1	Entwicklung Eigenheim-Standort in Neue Neustadt Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0068/13/1
6.8.2	Entwicklung Eigenheim-Standort in Neue Neustadt	S0161/13

6.9	Weiterführung des 2. Arbeitsmarktes bei der AQB und GISE mbH Ausschuss für Familie und Gleichstellung WV vom 06. 06. 2013	A0072/13
6.9.1	Weiterführung des 2. Arbeitsmarktes bei der AQB und GISE mbH	S0136/13
6.10	Schaffung einer geeigneten Hilfe zur Straßenquerung für Fußgänger an der Bushaltestelle Gustav-Ricker-Straße FDP-Ratsfraktion WV vom 06. 06. 2013	A0074/13
6.10.1	Schaffung einer geeigneten Hilfe zur Straßenquerung für Fußgänger an der Bushaltestelle Gustav-Ricker-Straße SPD-Stadtratsfraktion	A0074/13/1
6.10.2	Schaffung einer geeigneten Hilfe zur Straßenquerung für Fußgänger an der Bushaltestelle Gustav-Ricker-Straße	S0150/13
6.11	Schaffung einer Großfläche im ILC (Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee) für potentielle Wirtschaftsansiedlungen FDP-Ratsfraktion, Fraktion CDU/BfM, SPD-Stadtratsfraktion WV vom 06. 06. 2013	A0075/13
6.11.1	Schaffung einer Großfläche im ILC (Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee) für potentielle Wirtschaftsansiedlungen	S0165/13
6.12	Verkehrsberuhigung am Haydnplatz SPD-Stadtratsfraktion WV vom 06. 06. 2013	A0078/13
6.12.1	Verkehrsberuhigung am Haydnplatz	S0149/13
6.13	Auswirkungen der Maßnahmenkürzungen bei den Gesellschaften GISE mbH und AQB gGmbH SPD-Stadtratsfraktion WV vom 06. 06. 2013	A0080/13
6.13.1	Auswirkungen der Maßnahmenkürzungen bei den Gesellschaften GISE mbH und AQB gGmbH	S0145/13
6.14	Aktualisierung/Fortschreibung des Rahmenplans zur Entwicklung vom Stadtpark Rotehorn Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV vom 06. 06. 2013	A0082/13
6.14.1	Aktualisierung/Fortschreibung des Rahmenplans zur Entwicklung vom Stadtpark Rotehorn Kulturausschuss	A0082/13/1

6.14.2	Aktualisierung/Fortschreibung des Rahmenplans zur Entwicklung vom Stadtpark Rotehorn	S0157/13
6.15	AG Neue Medien/Social Media FDP-Ratsfraktion WV vom 04. 07. 2013	A0084/13
6.15.1	AG Neue Medien/Social Media Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	A0084/13/1
6.15.2	AG Neue Medien/Social Media	S0179/13
6.16	Modernisierungsgebot für Zwischenbau im Nordabschnitt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV vom 04. 07. 2013	A0085/13
6.16.1	Modernisierungsgebot für Zwischenbau im Nordabschnitt Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0085/13/1
6.16.2	Modernisierungsgebot für Zwischenbau im Nordabschnitt	S0162/13
6.17	Beschilderung Bibliotheken und Stadtarchiv SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion CDU/BfM WV vom 04. 07. 2013	A0088/13
6.17.1	Beschilderung Bibliotheken und Stadtarchiv	S0175/13
	Neuanträge	
6.18	Schaffung von Sitzplatzangeboten auf dem Spielplatz "Schulpark" in Beyendorf-Sohlen SPD-Stadtratsfraktion	A0112/13
6.19	Mehr Stadtratsbeteiligung Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0109/13
6.20	Sichere Querungsmöglichkeit im Bereich des ASB-Altenpflegeheims Birnengarten untersuchen FDP-Fraktion	A0113/13
6.21	Umsetzung von Handlungsempfehlungen der Enquete Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" FDP-Fraktion	A0114/13
6.22	Kita-Portal FDP-Fraktion	A0115/13

6.23	Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn über Rothensee zum Barleber See Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0111/13
6.23.1	Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn über Rothensee zum Barleber See SPD-Stadtratsfraktion	A0111/13/1
6.24	Sicherung der Weiterführung der qualifizierten Auswertung der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom und deren Funde in Magdeburg interfraktionell	A0117/13
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Geplante Ringauffahrt Albert-Vater-Straße SR Stern und Dr. Kutschmann	F0130/13
8.2	Baumfällungen Albert-Vater-Straße interfraktionell	F0131/13
8.3	Sicherung der Festungsmauer an der Künette SR Rohrßen	F0139/13
8.4	Stoffmarkt in Magdeburg SR Meister	F0137/13
8.5	Aktueller Sachstand zum Frauenhaus Magdeburg SR`n Meyer	F0128/13
8.6	Catererbindung in kommunalen Gebäuden der Landeshauptstadt SR Bartelmann	F0127/13
8.7	Stand Umstellung auf Leistungsverträge SR Wähnelt	F0129/13
8.8	Zustand des Fußweges hinter dem "Blauen Bock" SR Dr. Kutschmann	F0133/13
8.9	Verbesserung Situation Bushaltestelle "Schule Nordwest" SR Häusler	F0132/13
8.10	Zustand der Straßenbäume entlang der Gr. Diesdorfer u. Raiffeisenstraße SR Müller	F0134/13
8.11	Fuhrpark / Fahrzeugbestand der LH Magdeburg SR Müller	F0135/13
8.12	Bereicherung Bildungslandschaft in MD SR Meister	F0136/13

9	Informationsvorlagen	
9.1	Übersicht der Wettbewerbe mit Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg	I0204/13
9.2	Jahresbericht - 2012 der AG "Graffiti" des Kriminalpräventiven Beirates	I0171/13
9.3	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.06.2013	I0160/13
9.4	Geschäftsbericht 2011 des Dezernates für Finanzen und Vermögen	I0209/13
9.5	"Magdeburg summt!" (- und Otto brummt)	I0188/13
9.6	Auswertung IQ Innovationspreis Mitteldeutschland 2013	I0177/13
9.7	Neufassung der Satzung über die Schülerbeförderung	I0192/13
9.8	Namensvergabe Schwimmhalle Diesdorf	I0207/13
9.9	Tätigkeitsbericht der Kinderbeauftragten 2011/2012	I0155/13
9.10	Information zur Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und zum Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2012	I0172/13
9.11	Berichterstattung des Zentralen Informationsbüros Pflege/ Beratungsstelle für Probleme in der Altenpflege 2012	I0201/13
9.12	Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) gemäß § 22 Abs. 1 SGB II, Umzugskosten gemäß § 22 Abs. 6 SGB II und einmaliger Beihilfen gemäß § 24 Abs. 3 SGB II; Stichtag 30.06.2013	I0206/13
9.13	Lebensqualität und Urbanität	I0157/13
9.14	Auswertung zum hochwasserbedingt abgesagten 3. FahrRad-Aktionstag der Landeshauptstadt Magdeburg 2013 mit Ausblick auf die kommenden Jahre	I0195/13

9.15	Sachstand - Bebauungsplan Nr. 266-3 "Puppendorf / Gübser Weg"	I0212/13
9.16	Verkehrssicherheit für Kinder	I0180/13
9.17	Eilentscheidung des OB zu Außerplanm. Leistungen für Schäden Juni-Hochwasser 2013	I0235/13
9.18	Raumnutzungskonzept nach Auszug des Stadtarchivs	I0216/13

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 69.(V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	34	“	“
maximal anwesend	45	“	“
entschuldigt	12	“	“

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

5.21. Benennung "Reinhard-Lakomy-Straße" DS0305/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg informiert, dass in seiner Fraktion Einigkeit darüber besteht, eine Würdigung zum Gedenken von Reinhard-Lakomy vorzunehmen. Er verweist in seinen Ausführungen auf besorgte Stimmen aus der GWA, da sie nicht im Vorfeld mit einbezogen wurde. Er bittet darum, zukünftig rechtzeitig auf die GWA zuzugehen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache DS0305/13 und bittet um Zustimmung. Er widerspricht den Ausführungen des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg und weist darauf hin, dass die GWA rechtzeitig eingeladen wurde.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert im Namen der GWA und des Siedlervereins Bedenken, die Sackgasse nach „Reinhard-Lakomy-Straße“ zu benennen. Er bittet darum, nach einer anderen Lösung zu suchen und die vorliegende Drucksache DS0305/13 zurückzustellen. Er signalisiert seine Ablehnung zur Drucksache DS0305/13.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke erläutert die Beweggründe der AG Straßennamen zur vorgeschlagenen Benennung und bittet darum, der vorliegenden Drucksache DS0305/13 zuzustimmen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1988-69(V)13

die Benennung der im B-Plangebiet 162-2 „Hugo-Junkers-Allee / Ostrowskistraße“
entstehenden Straße als

„Reinhard-Lakomy-Straße“

- 5.22. Grundsatzbeschluss zum Ausbau einer Zufahrt zum neuen Parkplatz der Firma Pflanzen Richter DS0296/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1989-69(V)13

Ausbau einer Zufahrt zum neuen Parkplatz der Firma Pflanzen-Richter

Invest- Nr.: I 136166021 FG-Beschluss Nr. 063-040(V)11

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung der Variante 4.
2. Finanzielle Mittel sind in der Investitionsprioritätenliste 2013-2016 in der Anlage 9, lfd. Nr.: 4 in Höhe von 330.000,- EUR eingestellt. Der Mehrbedarf wurde mit der mittelfristigen Planung für 2014 und Folgejahre angemeldet und ist für die weiteren Haushaltsjahre einzustellen.

- 5.23. Erweiterung der Fördergebietskulisse für das Stadtgebiet Stadtfeld DS0343/13
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1990-69(V)13

Der Stadtrat beschließt die Erweiterung der Fördergebietskulisse für das Stadtgebiet Stadtfeld für das Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost, Programmbereich Aufwertung zur Schaffung der formalen Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Städtebaufördermitteln zur Entwicklung eines Wohnungsbaugebietes im Bereich Lorenzweg/An der Steinkuhle.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.1. W-LAN Zugangsnetz City-Magdeburg zur kostenfreien Nutzung A0019/13
 FDP-Ratsfraktion
 WV vom 28. 02. 2013/04. 07. 2013

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0019/13 ein und bittet um Zustimmung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0019/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile bringt den Änderungsantrag A0019/13/1 ein.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, verweist auf die vorliegende Stellungnahme S0074/13 der Verwaltung, die die Ablehnung des Antrages A0019/13 empfiehlt.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg argumentiert gegen den Antrag A0019/13 und signalisiert die Ablehnung durch seine Fraktion.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche führt aus, dass er sich im Ausschuss RWB dafür ausgesprochen hat, den Antrag als erledigt zu betrachten und begründet dies.

Mit Hinweis darauf, dass es sich hierbei um keine Pflichtaufgabe der Stadt handelt, spricht sich Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen die Annahme des Antrages A0019/13 und des Änderungsantrages A0019/13/1 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile erläutert nochmals die Intention des vorliegenden Änderungsantrages A0019/13/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn begründet das Votum des Ausschusses.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, kann den Standpunkt des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Nitsche, nicht nachvollziehen und spricht sich für die Annahme des Antrages A0019/13 aus.

Abschließend erläutert Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, nochmals die Zielstellung des Antrages A0019/13.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0019/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei mit 20 Ja-, 13 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einführung eines W-LAN Zugangsnetzes mit ausgewählten Standorten - bevorzugt an belebten Straßen und Plätzen im Stadtzentrum, zusätzlich zu den derzeit gegebenen lokalen W-LAN-Nutzungsmöglichkeiten in Gaststätten und Hotels - zu erschließen, um einer breiten Anzahl von Nutzern die Möglichkeit zu geben, **kostengünstig** im Internet zu surfen.

Dabei sind in Zusammenarbeit mit der MDCC GmbH oder anderen interessierten Partnern Angebote für zeitlich gestaffelte Tarife, z.B. stunden-, tages-, wochen- oder monatsweise und preislich, z.B. für Studierende und Menschen mit Behinderung zu erstellen. Der Verkauf der Nutzungsrechte könnte u.a. durch das Informationsbüro u.ä. sowie über das Internetportal der Stadt Magdeburg erfolgen.

Gemäß Antrag A0019/13 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0019/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei mit 20 Ja-, 14 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1991-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einführung eines W-LAN Zugangsnetzes mit ausgewählten Standorten - bevorzugt an belebten Straßen und Plätzen im Stadtzentrum, zusätzlich zu den derzeit gegebenen lokalen W-LAN-Nutzungsmöglichkeiten in Gaststätten und Hotels - zu erschließen, um einer breiten Anzahl von Nutzern die Möglichkeit zu geben, kostengünstig im Internet zu surfen.

Dabei sind in Zusammenarbeit mit der MDCC GmbH oder anderen interessierten Partnern Angebote für zeitlich gestaffelte Tarife, z.B. stunden-, tages-, wochen- oder monatsweise und preislich, z.B. für Studierende und Menschen mit Behinderung zu erstellen. Der Verkauf der Nutzungsrechte könnte u.a. durch das Informationsbüro u.ä. sowie über das Internetportal der Stadt Magdeburg erfolgen.

6.2.	Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen	A0035/13
	FDP-Ratsfraktion WV vom 04. 04. 2013	

Die Ausschüsse KRB, FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0035/13 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert über den derzeitigen Sachstand bezüglich der Einführung einer Plattform für elektronischen Bürgerservice.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile merkt an, dass aber die Funktionalität Voraussetzung ist.

Gemäß Antrag A0035/13 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 1992-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines neuen Bürgerservices in Form einer Onlineplattform zur elektronischen Mitteilung von Infrastrukturproblemen in der Landeshauptstadt zu prüfen.

Ziel des Services ist es einerseits, die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung zu verbessern, die Zufriedenheit der Bürger zu steigern und ihr Engagement zu erhöhen. Andererseits kann die Verwaltung durch schnelle und gezielte Hinweise auf Ordnungsangelegenheiten unbürokratisch reagieren und Abhilfe schaffen.

Der TOP 6.3 – A0049/13 wurde von der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

6.4.	Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger Musiker Reinhard Lakomy	A0048/13
	SPD-Stadtratsfraktion WV vom 02. 05. 2013	

Die Ausschüsse Juhi und K empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA KGM empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0048/13/1.

Es liegt der Änderungsantrag A0048/13/2 der FDP-Fraktion vor.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg bringt den Antrag A0048/13 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0048/13 der SPD-Stadtratsfraktion.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0048/13/1 des BA KGM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag ist um folgenden Beschlusspunkt zu ergänzen:

Die bis 2014 neu zu errichtenden und in städtischer Trägerschaft zu betreibenden drei Kindertagesstätten werden wie folgt benannt:

„Traumzauberbaum“
„Waldwuffel“
„Moosmutzel“

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0048/13/2 der FDP-Fraktion –

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Im Vorfeld möglicher Aktivitäten der Stadt im Zusammenhang mit der Verwendung künstlerischer Leistungen von Reinhard Lakomy und dessen Namen ist das Einverständnis der Hinterbliebenen einzuholen.

Darüber hinaus ist vorab zu klären, unter welchen Bedingungen möglicherweise urheberrechtlich geschützte Titel, Namen und Bezeichnungen genutzt werden dürfen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0048/13 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0048/13/1 des BA KGM einstimmig:

Beschluss-Nr. 1993-69(V)13

Die bis 2014 neu zu errichtenden und in städtischer Trägerschaft zu betreibenden drei Kindertagesstätten werden nach Themen benannt, die mit dem Lebenswerk Reinhard Lakomys in Verbindung stehen. Im Eingangsbereich der Kitas wird zudem in geeigneter Form, z.B. auf einem Gedenkstein oder einer Stele, die Namensgebung erläutert und das Lebenswerk des Musikers Reinhard Lakomy vorgestellt.

Die bis 2014 neu zu errichtenden und in städtischer Trägerschaft zu betreibenden drei Kindertagesstätten werden wie folgt benannt:

„Traumzauberbaum“
„Waldwuffel“
„Moosmutzel“

6.5. Verkehrssituation Hängelsbreite

A0064/13

Fraktion CDU/BfM
WV vom 02. 05. 2013

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0064/13/1 der FDP-Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bringt den Antrag A0064/13 ein und nimmt zur vorliegenden Stellungnahme S0152/13 der Verwaltung Stellung. Er verweist in seinen weiteren Ausführungen auf die verschärfte Vorortsituation und bittet um Zustimmung zum Antrag A0064/13 unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0064/13/1.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg folgt in seinen Ausführungen der in der vorliegenden Stellungnahme S0152/13 vorgeschlagenen Vorgehensweise.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Aussage der MVB GmbH, dass derzeit keine Auffälligkeiten bekannt sind. Er bittet darum, entsprechend in der vorliegenden Stellungnahme S0152/13 vorgeschlagenen Vorgehensweise zu verfahren.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM merkt an, dass aufgrund der Verkehrssituation im Bereich Hängelsbreite auch ein Unfallschwerpunkt zu verzeichnen ist.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0064/13/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt: (Ergänzung ist **fett** markiert)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Verkehrssituation, insbesondere im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr im Bereich Hängelsbreite, Sonnenanger, Auf den Höhen und **Am Birnengarten** verbessert werden kann.

Gemäß Antrag A0064/13 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0064/13/1 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 1994-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Verkehrssituation, insbesondere im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr im Bereich Hängelsbreite, Sonnenanger, Auf den Höhen und Am Birnengarten verbessert werden kann.

Der TOP 6.6 – A0065/13 wurde von der Fraktion CDU/BfM von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.7. Aufwertung Beimsplatz A0067/13
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, SPD-Stadtratsfraktion,
 Fraktion CDU/BfM
 WV vom 02. 05. 2013
-

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bringt den interfraktionellen Antrag A0067/13 ein. Er dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0128/13.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0067/13 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1995-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Absprache mit der AG Beimsplatz und mglw. weiteren Akteuren (Anwohnern, Stadtplanern, Künstlern usw.) umsetzbare Ideen und Vorschläge zur gestalterischen Aufwertung des Beimsplatzes im Stadtteil Stadtfeld West zu entwickeln und den Stadtrat darüber spätestens im Dezember 2013 in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Umsetzung der Vorschläge sollte möglichst über Spendenaktionen wie z.B. Patenschaften und Sponsoring erfolgen. Bei Vorlage abgestimmter Vorschläge soll die Stadtverwaltung die Kontaktaufnahme mit Sponsoren unterstützen.

- 6.8. Entwicklung Eigenheim-Standort in Neue Neustadt A0068/13
 Fraktion CDU/BfM
 WV vom 06. 06. 2013
-

Die Stadträte Stern, Fraktion CDU/BfM und Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse UwE und FG empfehlen die Beschlussfassung. Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0068/13/1.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0161/13 und erläutert die Intention des vorliegenden Antrages A0068/13. Er bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster nimmt zum Antrag A0068/13 Stellung und geht auf die Frage des Lärmschutzwalles ein. Er bittet darum darüber nachzudenken, eine konstruktive Bebauung zu wählen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht erläuternde Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme S0161/13.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg bezeichnet in seinen Ausführungen den vorliegenden Antrag A0068/13 als schwierig und begründet im Namen seiner Fraktion die Ablehnung hierzu.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bittet darum, auf die Pflege der Stadtstruktur zu achten.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt spricht sich für eine Nachnutzung des Areals aus, hält aber eine Wohnbebauung an diesem Standort für problematisch und sieht eine Menge Klärungsbedarf. Er unterstützt abschließend den vorliegenden Änderungsantrag A0068/13/1 des Ausschusses StBV.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0068/13/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Der Stadtrat stimmt dem Ergebnis des Prüfauftrages im Sinne der Stellungnahme zu.

Gemäß Antrag A0068/13 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0068/13/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 1996-69(V)13

Der Stadtrat stimmt dem Ergebnis des Prüfauftrages im Sinne der Stellungnahme zu.

6.9.	Weiterführung des 2. Arbeitsmarktes bei der AQB und GISE mbH Ausschuss für Familie und Gleichstellung WV vom 06. 06. 2013	A0072/13
------	---	----------

Der Ausschuss RWB hat den Antrag A0072/13 zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadtrat Müller bringt den Antrag A0072/13 ein und bittet um Zustimmung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum Antrag A0072/13 Stellung und merkt an, dass über die Intention Einigkeit besteht. Er informiert im Weiteren über das derzeitige Verwaltungshandeln in dieser Frage und stellt klar, dass eine Gesetzesänderung erforderlich ist.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile bittet den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper, sich im Rahmen der Sondierungsgespräche beim Bund in dieser Angelegenheit stark zu machen.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht ergänzende Ausführungen zur Zielstellung des vorliegenden Antrages A0072/13.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke nimmt zur Thematik Stellung und merkt an, dass über das Gesamtproblem diskutiert werden muss. Er geht im Weiteren auf die vorliegende Stellungnahme S0136/13 der Verwaltung ein und hält den vorliegenden Antrag A0072/13 für zustimmungsfähig.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, unterstreicht die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke und stellt fest, dass die Neugewichtung auch auf dem Bundessektor erfolgen muss. Er bittet darum, entsprechend auf den Bund einzuwirken, damit Schwerpunkte gesetzt werden können.

Im Rahmen der weiteren Diskussion macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellende Ausführungen zur „Neugewichtung“ und merkt an, dass in der Trägerversammlung jedes Jahr erneut darüber gestritten wird.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning nimmt zur Gesamtproblematik Stellung und informiert über das Vorgehen der Verwaltung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Stimmenenthaltung.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, verweist abschließend auf die Vielschichtigkeit der Probleme und bittet darum, dem vorliegenden Antrag A0072/13 zuzustimmen.

Gemäß Antrag A0072/13 des Ausschuss FuG **beschließt** der Stadtrat nach eingehender Diskussion mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1997-69(V)13

der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich im Rahmen der Trägerversammlung des Jobcenters für eine Neugewichtung der finanziellen Mittel einzusetzen, so dass auch zukünftig, wie in bisherigem Umfang, AGH- Maßnahmen in der LH MD möglich sind.

- 6.10. Schaffung einer geeigneten Hilfe zur Straßenquerung für Fußgänger an der Bushaltestelle Gustav-Ricker-Straße A0074/13
 FDP-Ratsfraktion
 WV vom 06. 06. 2013
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf die vorliegende Stellungnahme S0150/13 der Verwaltung und Gespräche mit der Verwaltung, bei denen Lösungsansätze angedeutet wurden. Er bittet darum, bis zur Vorlage der Lösungen den vorliegenden Antrag A0074/13 zurückzustellen.

- 6.11. Schaffung einer Großfläche im ILC (Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee) für potentielle Wirtschaftsansiedlungen A0075/13
 FDP-Ratsfraktion, Fraktion CDU/BfM, SPD-Stadtratsfraktion
 WV vom 06. 06. 2013
-

Die Ausschüsse RWB, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0075/13 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1998-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Die Möglichkeiten zur Schaffung einer kurzfristig nutzbaren Ansiedlungsfläche von ca. 30 - 40 ha im ILC zu untersuchen.
2. Die dabei möglicherweise notwendig werdenden Maßnahmen zur Zusammenlegung von Flächen darzustellen und zu bewerten.
3. Einen diesbezüglichen Vorschlag dem Stadtrat bis zum Ende des Jahres 2013 vorzulegen.

6.12. Verkehrsberuhigung am Haydnplatz A0078/13
SPD-Stadtratsfraktion
WV vom 06. 06. 2013

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 19 Neinstimmen und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1999-69(V)13

Der Antrag A0078/13 –

der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche städtebaulichen Maßnahmen zur dauerhaften Verkehrsberuhigung des südlichen Straßenabschnitts des Haydnplatzes geeignet sind. Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu beraten. Die favorisierte Lösung ist sodann umzusetzen. –

wird **abgelehnt**.

6.13. Auswirkungen der Maßnahmenkürzungen bei den A0080/13
Gesellschaften GISE mbH und AQB gGmbH
SPD-Stadtratsfraktion
WV vom 06. 06. 2013

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0080/13 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 2000-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

1. vor dem Hintergrund der erfolgten Reduzierungen von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE) und Zuweisungen bei den Gesellschaften AQB und GISE durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. des Jobcenters Magdeburg dem Stadtrat darzulegen:

a) welche Auswirkungen bei einer künftigen, dauerhaften Verringerung dieser Maßnahmen und Zuweisungen für die beiden Gesellschaften AQB und GISE und die Landeshauptstadt Magdeburg zu erwarten sind,

b) welche Aufgaben im kulturellen, touristischen und infrastrukturellen Bereich der Landeshauptstadt dadurch künftig (noch) durch die beiden Gesellschaften übernommen werden können und welche entfallen müssen,

2. darauf hinzuwirken, dass durch Zuweisungen förderungsfähiger Personen, insbesondere bildungsferner Langzeitarbeitsloser, bereits begonnene Maßnahmen bzw. Projekte beendet werden können.

und

3. zu prüfen und aufzuzeigen, ob und welche alternative Möglichkeiten und Projekte geschaffen werden können, um Maßnahmen für den zweiten Arbeitsmarkt erhalten zu können.

6.14.	Aktualisierung/Fortschreibung des Rahmenplans zur Entwicklung vom Stadtpark Rotehorn	A0082/13
	Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV vom 06. 06. 2013	

Der Ausschuss StBV und die BA KGM und SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0082/13/1.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Karin Meinecke, bringt den Änderungsantrag A0082/13/1 ein.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0082/13/1 des Ausschusses K **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den vorgesehenen Zeitpunkt der Vorstellung des aktualisierten Rahmenplanes vom III. Quartal 2014 vorzuziehen.

Gemäß Antrag A0082/13 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0082/13/1 des Ausschusses K einstimmig:

Beschluss-Nr. 2001-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Stadtrat im Dezember 2013 den Rahmenplan zur weiteren Entwicklung vom Stadtpark Rotehorn zu aktualisieren und entsprechend anzupassen sowie visionär und ideenreich fortzuschreiben.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den vorgesehenen Zeitpunkt der Vorstellung des aktualisierten Rahmenplanes vom III. Quartal 2014 vorzuziehen.

6.15. AG Neue Medien/Social Media

A0084/13

FDP-Ratsfraktion
WV vom 04. 07. 2013

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0084/13/1.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0084/13/1.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0084/13 ein und bittet darum, dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend der vorliegenden Stellungnahme S0179/13 zu folgen.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Meister bringt den Änderungsantrag A0084/13/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn begründet das Votum des Ausschusses.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, bittet darum, im Änderungsantrag A0084/13/1 aufzunehmen, dass neben Fachleuten auch fachkundige Bürger in der AG mitarbeiten können.

Gemäß Änderungsantrag A0084/13/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zweimal jährlich im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB) über die speziellen Belange im Bereich Social Media zu informieren und zu diskutieren.

Gemäß Antrag A0084/13 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0084/13/1 des Ausschusses KRB einstimmig:

Beschluss-Nr. 2002-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zweimal jährlich im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB) über die speziellen Belange im Bereich Social Media zu informieren und zu diskutieren.

6.16. Modernisierungsgebot für Zwischenbau im Nordabschnitt A0085/13
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV vom 04. 07. 2013

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0085/13/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Antrag A0085/13 ein und geht auf die vorliegende Stellungnahme S0162/13 ein.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0085/13/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat stimmt dem Ergebnis des Prüfauftrages im Sinne der Stellungnahme zu.

Gemäß Antrag A0085/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0085/13/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 2003-69(V)13

Der Stadtrat stimmt dem Ergebnis des Prüfauftrages im Sinne der Stellungnahme zu.

- 6.17. Beschilderung Bibliotheken und Stadtarchiv A0088/13
SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion CDU/BfM
WV vom 04. 07. 2013
-

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, bittet darum, die Stellungnahme S0175/13 der Verwaltung zu überdenken.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0088/13 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2004-69(V)13

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

darauf hinzuwirken, dass die Erreichbarkeit der städtischen Zentralbibliothek, der Stadtteilbibliotheken und des Stadtarchivs für motorisierte, aber auch radfahrende Nutzer mittels hinreichender Beschilderung problemlos sicher gestellt wird.

Neuanträge

- 6.18. Schaffung von Sitzplatzangeboten auf dem Spielplatz A0112/13
"Schulpark" in Beyendorf-Sohlen
SPD-Stadtratsfraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0112/13 in den BA SFM – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0112/13 der SPD-Stadtratsfraktion wird in den BA SFM überwiesen.

- 6.19. Mehr Stadtratsbeteiligung A0109/13
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0109/13 in die Ausschüsse KRB und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0109/13 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

- 6.20. Sichere Querungsmöglichkeit im Bereich des ASB- A0113/13
 Altenpflegeheims Birnengarten untersuchen
 FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0113/13 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0113/13 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.21. Umsetzung von Handlungsempfehlungen der Enquete A0114/13
 Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"
 FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0114/13 in die Ausschüsse RWB und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0114/13 wird in die Ausschüsse RWB und FG überwiesen.

6.22. Kita-Portal A0115/13
 FDP-Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0115/13 in die Ausschüsse Juhi und FuG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0115/13 wird in die Ausschüsse Juhi und FuG überwiesen.

6.23. Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn über Rothensee zum A0111/13
 Barleber See
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bringt den Antrag A0111/13 ein und nimmt zum vorliegenden Änderungsantrag A0111/13/1 der SPD-Stadtratsfraktion Stellung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Thematik Stellung und erklärt, dass die Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn erst dann erfolgen kann, wenn das in Auftrag gegebene Gutachten zum Zustand der Gleise vorliegt. Er stellt klar, dass die MVB GmbH ebenfalls an einer zügigen Inbetriebnahme interessiert ist und er mit der Geschäftsführerin nochmals Kontakt aufnehmen wird.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0111/13/1 ein.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, bringt seine Verwunderung zum vorliegenden Antrag A0111/13 zum Ausdruck und hält diesen für überzogen. Er merkt weiterhin an, dass eine sorgfältige Prüfung für die Erarbeitung des Gutachtens erforderlich ist und signalisiert seine Ablehnung zum Antrag A0111/13.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, geht auf die Ausführungen des Stadtrates Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, ein. Er äußert sein Unverständnis, dass es keine Experten in der Region gibt, die ein solches Gutachten erarbeiten. Stadtrat Meinecke vertritt den Standpunkt, dass die Bevölkerung über die Prognose aufgeklärt werden muss und erwartet ein Statement von der MVB GmbH in der Presse.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, informiert, dass am 22.10.13 eine Bürgerversammlung vor Ort mit Vertretern der MVB GmbH stattfinden wird. Er erklärt, dass es Eckdaten und Schwerpunkte gibt, die problematisch sind und im Gutachten berücksichtigt werden müssen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann informiert über das bisherige Verwaltungshandeln in dieser Angelegenheit und über ein Gespräch mit der Geschäftsführerin der MVB GmbH am 28.09.13.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, kann die kritischen Anmerkungen durch Vertreter der Fraktion CDU/BfM nicht nachvollziehen und erläutert nochmals die Zielstellung des vorliegenden Antrages A0111/13.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, unterstützt in seinen Ausführungen den Antrag A0111/13.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und stellt klar, dass hier der Aufsichtsrat der MVB GmbH in der Pflicht ist und nicht der Stadtrat.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 11 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

Der Antrag wird wie folgt geändert (Änderungen fett):

Der Oberbürgermeister und die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH & Co. KG werden beauftragt, die Geschäftsführung der MVB GmbH & Co. KG nachdrücklich zu veranlassen *alles* dafür zu tun, den Straßenbahnverkehr auf ~~der~~-den Linien zum Barleber See, insbesondere zur Ortslage Rothensee, **und zum Herrenkrug** schnellstmöglich wieder in Betrieb nehmen zu können.

Zudem ist zu realisieren, gerade in der bevorstehenden kalten Jahreszeit die Umsteigebeziehungen besser abzustimmen und die wartenden Fahrgäste besser vor den Witterungseinflüssen zu schützen.

Dem Stadtrat ist über die hierzu unternommenen Aktivitäten bis zur Wiederinbetriebnahme monatlich zu berichten.

Gemäß Antrag A0111/13 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0111/13/1 der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 11 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2005-69(V)13

Der Oberbürgermeister und die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH & Co. KG werden beauftragt, die Geschäftsführung der MVB GmbH & Co. KG nachdrücklich zu veranlassen alles dafür zu tun, den Straßenbahnverkehr auf -den Linien zum Barleber See, insbesondere zur Ortslage Rothensee, und zum Herrenkrug schnellstmöglich wieder in Betrieb nehmen zu können.

Zudem ist zu realisieren, gerade in der bevorstehenden kalten Jahreszeit die Umsteigebeziehungen besser abzustimmen und die wartenden Fahrgäste besser vor den Witterungseinflüssen zu schützen.

Dem Stadtrat ist über die hierzu unternommenen Aktivitäten bis zur Wiederinbetriebnahme monatlich zu berichten.

6.24. Sicherung der Weiterführung der qualifizierten Auswertung der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom und deren Funde in Magdeburg

A0117/13

interfraktionell

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt den interfraktionellen Antrag A0117/13 umfassend ein und bittet um Zustimmung.

In seinen umfassenden Ausführungen merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass es seitens der Stadt seit Jahren Kritik hinsichtlich der ungleichen Verteilung der Mittel aus dem Kulturretat des Landes gab. Als Relation für die Kulturförderung benennt er dabei die Summen 34 Mio Euro zu 11 Mio Euro für Halle und Magdeburg. Eingehend auf die Genese zum Dommuseum führt Herr Dr. Trümper aus, dass auf Grund der immer wieder gegenüber dem Land geäußerten Beschwerden, dass dies nicht so bleiben kann, 2010 der Kabinettsbeschluss des Landes hinsichtlich des Kaufes der Alten Staatsbank für die Einrichtung eines Dommuseums erfolgte.

Kritisch legt der Oberbürgermeister seine Auffassung dar, dass der Protest sowohl der Medien als auch des Stadtrates hinsichtlich der dann folgenden Aussage des Landes die Maßnahme Dommuseum auf Grund nicht vorhandener finanzieller Mittel nicht durchzuführen, sehr gering ausfiel.

Hinsichtlich der dann erfolgten Entscheidung des Stadtrates, das Gebäude der Alten Staatsbank selbst zu erwerben verweist Herr Dr. Trümper auf die Tatsache, dass die Stadt nicht die finanziellen Mittel für den Bau des Museums, die Sanierung des Gebäudes und die Bereitstellung der Unterhaltungskosten besitzt.

Der Oberbürgermeister führt weiterhin zu gemeinsam mit dem Bürgermeister Herrn Dr. Koch im Kultusministerium geführte Gespräche aus. Hier wurde die Aussage getroffen, dass die bisherigen Fundstücke nicht für ein Museum ausreichen würden. Das Angebot, eine Ausstellung der wichtigsten Stücke in einem entsprechenden Raum des Kulturhistorischen Museums einzurichten, wurde von der Stadt abgelehnt. Es wird an dem Vorhaben festgehalten, das Dommuseum an dem Standort zu organisieren, aber zu Bedingungen, die auch für die Stadt tragbar und sinnvoll sind.

Im Weiteren zitiert der Oberbürgermeister aus einem Schreiben des Direktors des Landesamtes für Denkmalpflege Herrn Prof. Dr. Meller vom 16. Mai 2013:

(Zitat):

„Erlauben Sie mir, dass ich auf die Angelegenheit, über die wir uns ja persönlich ausgetauscht haben, noch einmal zurückkomme. Aus meiner Sicht stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

Die Möglichkeit des LDA, die derzeit in Projekte tätigen Kollegen zu beschäftigen, sind Ende Mai, Ende Juni erschöpft. Sofern sich hier keine anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten z.B. über die Landeshauptstadt auf tun, ist das Fundmaterial sowie die Grabungsdokumentationen damit ab Ende Juni am derzeitigen Standort im Lorenzweg ohne personelle Betreuung und Aufsicht.“

Bezug nehmend auf den zweiten Absatz des Schreibens informiert der Oberbürgermeister über die hier getroffene Aussage, dass auch die Bewachung des Gebäudes sowie die anfallenden Energiekosten von der Stadt getragen werden müssen, ohne Zuschüsse des Landes. Wenn diese Kosten übernommen werden, können die Fundstücke in Magdeburg verbleiben, aber zunächst ohne personelle Betreuung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, da bereits anstelle des Landes die Organisation des Dommuseums durch die Stadt vorgenommen wird, die Finanzierung der Aufarbeitung der Maßnahme aus der Stadtkasse von ihm abgelehnt wurde.

Er informiert weiterhin, dass nach einem weiteren Gespräch im Ministerium eine schriftliche Mitteilung des Kultusministers Herrn Dorgerloh erfolgte, dass die Aufbereitung der wichtigsten Fundstücke aus dem Wichmanngrab bis 2015/16 dauern wird. Danach werden sie wieder der Stadt zur Verfügung gestellt. Er legt seine Auffassung dar, dass dieser Zeitraum auch für die Herrichtung des Museums benötigt wird.

Bezug nehmend auf das Anliegen des interfraktionellen Antrages macht der Oberbürgermeister auf die sich ergebende Konsequenz aufmerksam, dass auf Grund des fehlenden Personals keine Aufarbeitung der Fundstücke erfolgen kann. Er sieht es als sinnlos an, die Fundstücke in Magdeburg zu behalten, wenn hierzu keine Aufarbeitung erfolgt. Aus diesem Grund erfolgte die Aussage der Stadt, die Fundstücke nach Halle zu geben mit der Maßgabe, dass diese nach der erfolgten Dokumentation wieder an Magdeburg zurückgegeben werden. Er bekräftigt seine Auffassung, keine finanziellen Mittel für eine personelle Ausstattung zur Verfügung zu stellen und verweist auf die vorliegende Zusage hinsichtlich der Rückführung der Fundstücke. Jetzt sei es erforderlich, Überlegungen anzustellen, wie die von der Stadt auch tragbare Organisation des Dommuseums dargestellt werden kann. Hierzu erfolgen derzeit entsprechende Gespräche.

Hinsichtlich der Nutzung der Räumlichkeiten der Alten Staatsbank informiert der Oberbürgermeister, dass in dem Gebäude lediglich die beiden Kelleretagen als Lagerflächen sowie das Erdgeschoss für die museale Nutzung benötigt werden. Die darüber liegenden Büroräume werden für das Museum nicht gebraucht. Hier besteht die Vorstellung, das Gebäude einer städtischen Gesellschaft zu geben, die die Sanierung vornimmt, und seitens der Stadt werden die benannten Flächen angemietet. Der Oberbürgermeister verweist insbesondere darauf, dass das ganze Gebäude als Museum zu betreiben, durch die Stadt auf Grund der fehlenden finanziellen Mittel nicht darstellbar sei. Er legt seine Auffassung dar, dass eine sinnvolle Lösung, die von der Stadt finanziell getragen werden kann, gefunden wird. In einem ersten Schritt sollen die vom Land zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 750.000 Euro in den nächsten zwei Jahren genutzt werden, um die Ausstellung zu konzipieren und vorzubereiten.

Abschließend nimmt der Oberbürgermeister Bezug auf die im Antrag stehende Formulierung hinsichtlich eines Mittelalterzentrums. Er führt klarstellend aus, dass es dieses in Magdeburg nicht gibt. Seitens des ehemaligen Direktors des Kulturhistorischen Museums Herrn Prof. Puhle konnte gegenüber dem Kultusministerium jedoch durchgesetzt werden, ein Zentrum für Mittelalterausstellungen einzureichen. Dieses habe die Aufgabe, immer wieder aufs Neue mit einigen Personalstellen Ausstellungen zum Mittelalter vorzubereiten. Für dieses Zentrum, wofür im Museum zwei Mitarbeiter beschäftigt sind, werden zur Hälfte Mittel seitens des Landes bereitgestellt, die andere Hälfte wird von der Stadt getragen. Die Mittel des Landes werden voraussichtlich auch nach 2014 bereitgestellt. Insbesondere verweist der Oberbürgermeister jedoch darauf, dass das Zentrum nichts mit dem Dommuseum zu tun hat und bringt sein Unverständnis hinsichtlich des Punktes 4 des Antrages zum Ausdruck.

Auf Grund der geschilderten Faktenlage sieht der Oberbürgermeister eine Umsetzung des Antrages als nicht wirksam an.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bedauert, dass im Vorfeld nicht über die drohenden Abläufe diskutiert wurde. Er hinterfragt im Weiteren die Nachhaltigkeit der Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper. Stadtrat Schwenke unterstreicht die Wichtigkeit des Punktes 3 des Antrages A0117/13.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, sich nicht gegen eine Beschlussfassung des Antrages auszusprechen. Bezug nehmend auf Beschlusspunkt 3 des Antrages verweist er darauf, dass die Stadt zu diesem Anliegen bereits tätig sei. In Zusammenarbeit mit der Stiftung werde derzeit daran gearbeitet, die Fördermittel zu beantragen und danach den erforderlichen Vertrag zu erarbeiten. Mit Hinweis auf die vorliegende Zusage sowohl des Kultusministers als auch des Direktors des Landesamtes für Denkmalpflege zur Rückführung der Fundstücke führt er aus, dass es machbar sei, dies im Vertrag zu verankern.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster geht auf Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper ein und erläutert nochmals die Intention des vorliegenden Antrages A0117/13.

In seiner Ausführung verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nochmals auf das Schreiben des Landesamtes für Denkmalpflege und seine Ablehnung zum gemachten Vorschlag, die erforderliche Finanzierung zu übernehmen, wenn die Fundstücke in Magdeburg verbleiben. Ebenfalls verweist er auf die Aussage des Kultusministeriums hinsichtlich der Rückgabe der Stücke und legt dar, dass hierfür zunächst eine entsprechende Konzeption erforderlich ist.

Er macht weiterhin deutlich, dass in der Stadt Halle keine Ausstellung vorgesehen ist und stellt klar, dass alle Fundstücke Eigentum der Stiftung sind. Deshalb habe auch die Stadt nicht das Recht über den Verbleib in Magdeburg zu entscheiden. Wenn diese Forderung gestellt wird, müssen die Fundstücke auch bearbeitet werden, aber hierfür steht der Stadt kein Personal zur Verfügung.

Insbesondere verweist er darauf, dass die wichtigsten Fundstücke des Wichmanngrabes bereits in Halle sind und dort restauriert werden. Er hält es für wichtiger zu sagen, dass die für das Dommuseum erforderlichen Fundstücke restauriert werden.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch widerspricht der in der Diskussion gemachten Feststellung, dass die Stadt die Interessen nicht frühzeitig wahrgenommen haben und erläutert das bisherige Verwaltungshandeln.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg begründet, warum sich seine Fraktion nicht dem interfraktionellem Antrag A0117/13 angeschlossen hat. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion, dem Antrag A0117/13 in abgeschwächter Form zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt die Empfehlung die Forderung aufzunehmen, dass die wichtigen Fundstücke nur in Magdeburg ausgestellt werden und sieht diese Forderung als hilfreich an.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile stellt klar, dass die Ausstellungsstücke nach Magdeburg gehören. Er geht im Weiteren auf die Frage der finanziellen Mittelbereitstellung zur Aufbereitung ein. Stadtrat Theile zweifelt eine sachliche Bewertung durch das Land an.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bringt eine Modifizierung zum interfraktionellen Antrag A0117/13 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, fragt nach, ob es nicht dringend erforderlich ist, eine vertragliche Beziehung abzuschließen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stimmt den Ausführungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM zu, verweist aber darauf, dass eine durch Kabinettsbeschluss erfolgte vertragliche Formulierung wieder aufgehoben werden kann.

Er legt dar, nichts gegen eine vertragliche Fassung zu haben. Hierbei sei es jedoch wichtig, seitens der Stadt zunächst eine Konzeption zu erarbeiten, wie die Organisation des Dommuseum aussehen soll. Danach könne vom Land gefordert werden, welche Stücke bis 2015 restauriert sein müssen. Er verweist darauf, dass die Restaurierung erhebliche finanzielle Mittel erfordert und im Moment seitens des Landes die Aussage getroffen wurde, hierfür keine Mittel eingestellt zu haben.

Abschließend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, sich in keiner Weise angegriffen gefühlt zu haben und legt klarstellend seine Aussage dar, dass im März/April diesen Jahres auf die Aussage des Landes, die Maßnahme nicht durchführen zu wollen, nach seiner Auffassung zu wenig Widerstand durch den Stadtrat geäußert wurde.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellem modifizierten Antrag A0117/13 einstimmig:

Beschluss-Nr. 2006-69(V)13

1. Der Stadtrat spricht sich für den langfristigen Verbleib bzw. Rückkehr der Funde der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom und auf dem Domvorplatz in Magdeburg aus.
2. Der Oberbürgermeister setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung der Landeshauptstadt Magdeburg vertraglich die dauerhafte Überlassung (Dauerleihgabe) der Funde der Forschungsgrabungen in Magdeburg zusichert.
3. Der Stadtrat appelliert an die Landesregierung, konstruktiv zur Lösung der Finanzierung zur Weiterführung der kontinuierlichen Aufarbeitung und Auswertung der Domgrabungen beizutragen.
4. Die Ausstellung der wichtigsten Exponate erfolgt nur in Magdeburg.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1. Schriftliche Anfrage (F0130/13) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Geplante Ringauffahrt Albert-Vater-Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

bei der Beschlussfassung zur Straßenbahntrasse Damaschkeplatz-Herrmann-Bruse-Platz (4. Bauabschnitt) ist als Variante eine Trasse östlich der jetzigen Lärmschutzwand beschlossen worden.

Im Verlaufe des Verfahrens ist uns nunmehr bekannt geworden, dass die Stadt seit Jahren plant, den Kreisel Albert-Vater-Straße um eine Auffahrt in Richtung Süden auf den Magdeburger

Ring zu ergänzen, dem diente die bereits vorhandene lange Ausfahrspur auf dem Magdeburger Ring. Dazu möchten wir Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Wird die Verkehrsplanung der Stadt nunmehr auf die seit Jahrzehnten geplante Auffahrt Richtung Süden verzichten?
2. Gibt es evtl. alternative Überlegungen für eine Auffahrt in Richtung Süden von der Albert-Vater-Straße auf den Magdeburger Ring?
3. Wie sieht evtl. ein neuer Zeitplan für solch eine neu zu planende Auffahrt aus?

Wir bitten um eine kurzfristige mündliche Antwort und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass sich die 2. Nord-Süd-Verbindung tatsächlich noch in einer Grobplanungsphase befindet und die Auffahrt auf den Ring in Richtung Süden im Gesamtkomplex der 2. Nord-Süd-Verbindung, mit zwei Varianten noch möglich ist. Die Varianten, wie man diese in der Prinzipsskizze des Ringes vorgesehene Auffahrt realisieren kann, verfeinern sich bei den weiteren Planungsarbeiten für die 2. Nord-Süd-Verbindung. In einem Grobkonzept könne dargestellt werden, wie man diese Auffahrt noch realisieren kann. Als sinnvoller bezeichnet er es jedoch, die Darstellung bei verfeinerten Planungen für die 2. Nord-Süd-Verbindung vorzunehmen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2. Schriftliche Anfrage (F0131/13) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Baumfällungen Albert-Vater-Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

am Sonnabend, dem 14. September 2013, lasen wir mit Entsetzen in der Presse, dass bei Baggerarbeiten 7 mehr als 50-jährige Ahornbäume an der Albert-Vater-Straße beschädigt wurden. Die Bäume wurden so beschädigt, dass sie am Montag darauf sofort gefällt wurden. Da es sich um Arbeiten im Zusammenhang mit der Sanierung eines städtischen Schulkomplexes handelt, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum waren die Schachtarbeiten in der Albert-Vater-Straße notwendig?
2. Wer kam auf die Idee, eine Stützmauer abzutragen und dort in 1 m Abstand von Großbäumen schachten zu lassen?
3. Warum wurde nicht 2 m weiter im Fußweg geschachtet?
4. Wie waren die Arbeiten ausgeschrieben?
5. Wer wies den Baubetrieb ein?
6. Wer überwachte im Namen des Bauherren die Schachtarbeiten?
7. Wie lange dauerten die Schachtarbeiten an der Albert-Vater-Straße?
8. Überzeugte sich inzwischen das Umweltamt vor Ort von dem Schaden?
9. Gab es keine Möglichkeit, diese Großbäume zu retten?

10. Welche Konsequenzen lt. Baumschutzsatzung und Bundesnaturschutzgesetz wird das Umweltamt einleiten?
11. Wie sollen Begrünungen an der Albert-Vater-Straße in Abgrenzung zum Sportplatz nun aussehen?

Wir bitten eine kurze mündliche Antwort und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht in seiner Beantwortung auf die einzelnen Fragestellungen ein und informiert über die wichtigsten Fakten:

zu Fragen 1 und 2:

Die vorhandene Stützmauer war instabil und musste aus statischen Gründen abgebrochen werden. Zur Errichtung der neuen Mauer aus Sichtbeton sind Schachtarbeiten für die Schalungsarbeiten notwendig.

zu Frage 3:

Die Erneuerung erfolgte auf der Grundstücksgrenze zum öffentlichen Fuß- und Radweg. Die erforderlichen Rad- und Fußwegbreiten müssen erhalten bleiben.

zu Frage 4:

Im Wurzelbereich der Bäume war Handschachtung sowie zum Schutz der Wurzeln der Einbau eines Wurzelvorhanges ausgeschrieben.

zu Frage 5:

Neben der wöchentlichen Bauberatung erfolgte durch die Bauleitung und dem KGM separate Bauabstimmungen mit der Firma Busse-Bau zur Klärung evtl. Probleme. Dabei gab es keinerlei Hinweise, dass in dem betroffenen Bereich Unklarheiten zur Ausführung bestehen. Es wurde sogar auf Hinweis der Fa. Busse-Bau zur Sicherung der Bäume eine zusätzliche Verankerung mittels Stahlseil vorgenommen.

zu Frage 6:

Das Büro Lindner und Canehl

zu Frage 7:

Die Arbeiten wurden am 14. 08. 2013 ausgeführt.

zu Frage 8:

Das Umweltamt hat gemeinsam mit dem Büro Lindner und Canehl Bau- und Kommunalbetreuungsgesellschaft am 15. 08. 2013 den Schaden begutachtet.

zu Frage 9:

Auf der Grundlage der Begehung am 15. 08. 2013 wurde unverzüglich ein Kurzgutachten zur Standsicherheit durch ein Baum-Sachverständigenbüro angefertigt. Demnach waren die durch

die Baggerarbeiten verursachten Schäden im Wurzelbereich so stark, dass die Bäume nicht mehr standsicher waren.

zu Frage 10:

Das Umweltamt hat ein Verfahren /Anhörung eingeleitet.

zu Frage 11:

Als Ersatzpflanzung werden 11 Bergahorne mit einem Stammumfang von 25 – 30 cm gepflanzt. Die Arbeiten werden z.Z. öffentlich ausgeschrieben. Ziel ist, die Ersatzpflanzung noch in diesem Jahr vorzunehmen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3. Schriftliche Anfrage (F0139/13) des Stadtrates Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion

Sicherung der Festungsmauer an der Künette

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum Haushalt 2013 hat der Stadtrat folgenden Beschluss zur Sicherung der Festungsmauer an der Künette Maybachstraße gefasst:

„Der Oberbürgermeister wird gebeten, zur Sicherung der Festungsmauer an der Künette Maybachstraße eine umgehende Schotter- und Kiesanschüttung am grabenseitigen Mauerfuß vorzunehmen. Für die Projektierung und Umsetzung der Maßnahme sind 50.000 Euro in den Haushalt 2013 einzustellen.“ (Beschluss-Nr. 1642-58(V)12)

Entsprechende Maßnahmen sind bislang jedoch nicht umgesetzt worden, daher frage ich Sie:

1. Wann wird mit den Sicherungsmaßnahmen begonnen und wann erfolgt der Mittelabfluss?
2. Wenn der Beginn der Maßnahmen nicht für dieses Jahr vorgesehen ist, was geschieht mit den dafür vorgesehenen Haushaltsmitteln?

Ich bitte um kurze mündliche sowie ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann informiert, dass seitens der Verwaltung ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde um festzustellen, wie die Statik dieser Mauer tatsächlich beschaffen ist und wo die Schädigungen liegen.

Im Rahmen einer Begehung mit dem Festungsbeirat wurde festgestellt, dass im Süden der Escarpenmauer Schäden aufgetreten sind. Im Norden besteht die Problematik, dass – die Künette ist ja der Abfluss aus der Festungsanlage – die Zuflusssituation zugeschüttet gewesen ist. Um den Wasserabfluss in die Künette hinein zu gewährleisten, ist ein Erdabtrag im nördlichen Bereich erforderlich.

Er legt dar, dass das beauftragte Gutachten vorliegt und die Ausführung der Maßnahmen in der Masse zwar nicht mehr im Jahr 2013 aber im Jahr 2014 auf der Grundlage dieses Gutachten erfolgt.

Auf Nachfrage des Stadtrates Rohrßen hinsichtlich der finanziellen Mittel informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass von den zur Verfügung stehenden 50.000 Euro insgesamt 16.000 Euro für das Gutachten benötigt wurden. Die Restsumme steht für Arbeiten für die Sicherungsmaßnahmen zur Verfügung.

Er kündigt an, Details zu den Sicherungsmaßnahmen in einer schriftlichen Beantwortung darzustellen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.4. Schriftliche Anfrage (F0137/13) des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stoffmarkt in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der kürzlich auf dem Magdeburger Domplatz durchgeführte deutsch-holländische Stoffmarkt stieß bei den Magdeburgerinnen und Magdeburgern auf eine außerordentlich positive Resonanz. Die Händler und Mitorganisatoren des bundesweit stattfindenden deutsch-holländischen Stoffmarktes waren ebenfalls zufrieden und wollen im nächsten Jahr wiederkommen.

Allerdings war der Presse zu entnehmen, dass der Markt eher durch Zufall und recht kurzfristig in den Tourenplan der Händlerkarawane gerutscht war.

Kontakte soll es vor zwei Jahren mit dem Magdeburger Stadtmarketing gegeben haben, allerdings kam auf die Anfrage keine Rückmeldung. Erst beim zweiten Anlauf über das Ordnungsamt kam dann die Zusammenarbeit ins Rollen.

Ich frage daher an:

1. Ist der Verwaltung eine solche Anfrage der „Tücher-Tour“ vor zwei Jahren bekannt und wenn ja, welche Gründe gab es für das „Schweigen“ bzw. die ausbleibende Rückmeldung?
2. Welche Maßnahmen will der Oberbürgermeister ergreifen, um künftig zu verhindern, dass solche attraktiven Anfragen an die Stadt unbeantwortet bleiben?

Um kurze mündliche Beantwortung der Anfragen wird gebeten.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass weder ihm, noch dem Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit noch dem Ordnungsamt die benannte Anfrage bekannt sei und somit auch keine Aussage getroffen werden kann.

Die Beantwortung der Anfragen F0128/13, F0127/13, F0129/13, F0133/13, F0132/13, F0134/13, F0135/13 und F0136/13 erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die Informationen unter TOP 9.1 – 9.16 werden zur Kenntnis genommen.

9.5. "Magdeburg summt!" (- und Otto brummt) I0188/13

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, nimmt zur vorliegenden Information I0188/13 und merkt an, dass der Punkt 1 bisher nicht umgesetzt wurde. Er betrachtet die Information I0188/13 im Namen seiner Fraktion als Zwischenstand.

9.6. Auswertung IQ Innovationspreis Mitteldeutschland 2013 I0177/13

Der von der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei angemeldete Redebedarf wird von Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **zurückgezogen**.

- 9.14. Auswertung zum hochwasserbedingt abgesagten 3. FahrRad-
Aktionstag der Landeshauptstadt Magdeburg 2013 mit Ausblick
auf die kommenden Jahre I0195/13
-

Der angemeldete Redebedarf des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wird als Anlage zum Protokoll genommen. **(Anlage 1)**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 – Redebeitrag des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 9.14

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Danicke, Martin

Fassl, Josef

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Guderjahn, Marcel

Häusler, Gerhard

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Martin

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Meister, Olaf

Müller, Oliver

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Theile, Frank

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas Dr.

Bork, Jana
Czogalla, Olaf
Herbst, Sören Ulrich
Kutschmann, Klaus Dr.
Meyer, Steffi
Nordmann, Sven
Szydzick, Claudia
Tybora, Jacqueline
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.
Zimmer, Monika